

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Neuregelung der Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht

Gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass die im Rahmen der Steuerreform geplante Registrierkassenpflicht mit einer Umsatzfreigrenze von Euro 15.000,- auf Euro 30.000,- und die vorgesehene Barumsatzgrenze von Euro 7.500 auf Euro 15.000,- erhöht werden.

Resolution

Die mit 1. Jänner 2016 in Kraft tretende Steuerreform sieht als wesentliches Mittel zur Gegenfinanzierung die sogenannte Registrierkassenpflicht vor. Elektronische Aufzeichnungssysteme sollen die Erfassung der Barumsätze erleichtern. Dabei soll vor allem die Bekämpfung von möglichem Missbrauch im Vordergrund stehen. Der derzeitige Entwurf der Jahresumsatzgrenze sieht Euro 15.000,- und eine Barumsatzgrenze von Euro 7.500,- vor. Eine Anhebung der Grenzen auf das jeweilige Doppelte soll nicht nur der Bürokratisierung entgegenwirken, sondern den vielen Unternehmen und Vereinen auch Wertschätzung ausdrücken.

Vereine und deren freiwillige Mitglieder leisten einen wesentlichen Beitrag für das Gemeinwohl in Oberösterreich. Ein Teil der Freiwilligenarbeit in OÖ ist die Jugendarbeit und Betreuung unserer Jüngsten. Mit der verpflichtenden Einführung der Registrierkassen werden viele Freiwillige und Ehrenamtliche vor den Kopf gestoßen und verprellt.

Die heimische Wirtschaft ist geprägt von Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Sie stellen laut einer Erhebung im Jahr 2013 mittlerweile 57,3% der Mitglieder der Wirtschaftskammer Österreich (in OÖ: 57,6%). Gemeinsam mit Klein- und Mittleren-Unternehmen (KMU) sind sie das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Im Speziellen besteht aufgrund der komplexen technischen Anforderungen an die Registrierkassen und der auf sie zukommenden finanziellen Belastungen große Verunsicherung. Mit den neuen Erfordernissen werden den KMU neuerliche Barrieren und Hürden entgegen gesetzt.

Die derzeitig gesetzten Grenzen lassen befürchten, dass die Leistungen von Unternehmen und Vereinen nicht mehr wie bisher erbracht werden und dem Staat dadurch viel teurer kommen. Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung für die Anhebung der Umsatzgrenzen einzusetzen.

Linz, am 17. November 2015

(Anm.: ÖVP-Fraktion)
Kirchmayr

(Anm.: FPÖ-Fraktion)
Mahr